



AUSGABE 38 | 23.09.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Prinzinger

Die grenzüberschreitende Inanspruchnahme medizinischer Leistungen als passive Dienstleistungsfreiheit Monografie // ISBN 978-3-902883-28-5, XX und 86 Seiten, Harteinband, 25 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

Geroldinger/Radler (Hrsg),

Prüfungstraining Privatrecht I

Studienbuch // ISBN 978-3-902883-27-8, XVIII und 165 Seiten, Harteinband, 20 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI II 264/2016

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die Festsetzung der Vignettenpreise (**Vignettenpreisverordnung 2016**)

BGBI II 265/2016

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die Festsetzung der Mauttarife (**Mauttarif-verordnung 2016**)

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 251 v 16.09.2016, 1

Verordnung (EU) 2016/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates

sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 863/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates, der **Verordnung (EG)** Nr 2007/2004 des Rates und der Entscheidung des Rates 2005/267/EG

ABI L 251 v 16.09.2016, 77

Verordnung (EU) 2016/1625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1406/2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs

ABI L 251 v 16.09.2016, 80

Verordnung (EU) 2016/1626 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 768/2005 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Fischereiaufsichtsagentur

ABI L 252 v 16.09.2016, 1

Verordnung (EU) 2016/1627 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über einen mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 302/2009 des Rates

ABI L 252 v 16.09.2016, 53

Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1024/2012 und (EU) Nr 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG

ABI L 252 v 16.09.2016, 118

Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe, zur Änderung der Richtlinie 2009/100/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/87/EG

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

23.08.2016, Ra 2015/17/0079

GlücksspielG; ggst hat das über die Beschwerde gegen einen Bescheid, mit dem die Beschlagnahme von Glücksspielgeräten angeordnet wurde, erkennende LVwG eine Gesamtwürdigung der Umstände, die nach der Rsp des EuGH zur Beurteilung der Frage der unionsrechtlichen Zulässigkeit einer Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit durch Bestimmungen des GlücksspielG notwendig ist, unterlassen; das LVwG ist daher seiner Pflicht, die anzuwendenden Bestimmungen des GlücksspielG hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit Unionsrecht von Amts wegen zu beurteilen, nicht in gesetzmäßiger Weise nachgekommen

31.08.2016, 2013/17/0811

VStG; GlücksspielG; Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen Verwaltungsübertretungen nach dem GlücksspielG; da sich dem erstinstanzlichen Straferkenntnis nicht entnehmen lässt, wie die verhängte Gesamtstrafe auf die zur Last gelegten

drei Verwaltungsübertretungen aufgeteilt wurde, gibt es keinen Maßstab, an Hand dessen sich zweifelsfrei beurteilen lässt, ob die Berufungsbehörde für die aufrechterhaltene Verwaltungsübertretung eine höhere Strafe verhängt hat oder nicht; zudem wurde eine Gesamtwürdigung der Umstände, die nach der Rsp des EuGH zur Beurteilung der Frage der unionsrechtlichen Zulässigkeit einer Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit durch Bestimmungen des GlücksspielG notwendig ist, unterlassen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 23.08.2016, W128 2121033-1

UniversitätsG; dasselbe Studium iSd § 63 Abs 7 UniversitätsG liegt nicht nur dann vor, wenn die Curricula völlig ident sind; es wird vielmehr auch darauf abgestellt, ob das Studium im Großen und Ganzen denselben Inhalt hat; ein Studium wird dann als "idem" qualifiziert, wenn zwischen den Curricula lediglich geringfügige Abweichungen in Bezug auf Umfang, Inhalt, Aufbau der Lehrveranstaltungen, vorgeschriebenen Prüfungen und wissenschaftliche Arbeiten bestehen; idS stellt das Bachelorstudium in Kombination mit dem Masterstudium Pharmazie dasselbe Studium dar, wie das Diplomstudium Pharmazie

LVwG Oö 12.09.2016, <u>LVwG-850608</u>

ZiviltechnikerG; da nach § 40 Abs 4 ZiviltechnikerG auch die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgelegten Ziviltechnikerprüfungen als nach diesem Gesetz erworbene Prüfungsnachweise anzusehen sind, ist davon auszugehen, dass eine zur Erlangung der Befugnis eines Zivilingenieurs für Hochbau abgelegte Prüfung einen ausreichenden **Nachweis** für das angestrebte **Fachgebiet "Architektur"** bildet

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift "Spektrum der Rechtswissenschaft" (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tirol 29.08.2016, <u>LVwG-2015/26/2418-15</u>

Tir NaturschutzG; unter "**Gehölzgruppen" und "Heckenzügen" iSd Tir NaturschutzG** können keine Grundflächen verstanden werden, die in einem solchen Ausmaß mit forstlichen Gehölzen bewachsen sind, dass ihnen **Waldeigenschaft** iSd ForstG zukommt; für die Beseitigung des forstlichen Bewuchses ist sohin neben der forstgesetzlichen Rodungsbewilligung **keine Naturschutzbewilligung** für die dauernde Beseitigung von Gehölzgruppen und Heckenzügen zu erwirken

LVwG Tirol 30.08.2016, LVwG-2016/37/0876-3

Tir FlurverfassungslandesG; Grundstücke, die mit dem aus dem Substanzwert von Gemeindegut erwirtschafteten Vermögen erworben worden sind ("Ersatzanschaffungen"), werden selbst nicht zu Gemeindegut; solche Grundstücke sind somit keine Gemeindegutsgrundstücke; dies bedeutet aber nicht, dass auf derartige Grundstücke § 33 Abs 5 Tir FlurverfassungslandesG nicht anzuwenden ist; Ersatzanschaffungen sind nämlich als Substanzerlöse zu qualifizieren und zählen zum Substanzwert

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

20.09.2016, Rs C-8/15 P bis bis C-10/15 P, Ledra Advertising / Kommission und EZB

Rechtsmittel – **Stabilitätshilfeprogramm Republik Zypern** –Memorandum of Understanding über spezifische wirtschaftspolitische Auflagen vom 26. April 2013 zwischen der Republik Zypern und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus – Funktionen der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank – **Außervertragliche Haftung** der **Europäischen**

Union – Art 340 Abs 2 AEUV – Voraussetzungen – Pflicht, auf die Vereinbarkeit dieses Memorandum of Understanding mit dem Unionsrecht zu achten

20.09.2016, verb Rs C-105/15 P bis C-109/15 P, Mallis und Malli / Kommission und EZB

Rechtsmittel – Stabilitätshilfeprogramm Republik Zypern – Erklärung der Euro-Gruppe ua zur Umstrukturierung des Bankensektors in Zypern – Nichtigkeitsklage

21.09.2016, Rs C-592/14, European Federation for Cosmetic Ingredients

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Kosmetische Mittel** – Verordnung (EG) Nr 1223/2009 – Art 18 Abs 1 Buchst b – Kosmetische Mittel, deren Bestandteile oder Kombinationen von Bestandteilen 'zur Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung' durch Tierversuche bestimmt worden sind – **Verbot des Inverkehrbringens auf dem Markt der Europäischen Union – Umfang**

21.09.2016, Rs C-139/15 P und Rs C-140/15 P, Kommission / Spanien

Rechtsmittel – **Kohäsionsfonds** – **Kürzung der finanziellen Beteiligung** – Verfahren zum Erlass des Beschlusses durch die Europäische Kommission – Bestehen einer Frist – **Nichteinhaltung der Frist** – Folgen

21.09.2016, Rs C-221/15, Etablissements Fr Colruyt

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/64/EU – Art 15 Abs 1 – **Freie Festsetzung des Kleinverkaufshöchstpreises von Tabakwaren** durch Hersteller und Importeure – Nationale Regelung, die es den Einzelhändlern verbietet, solche Waren zu niedrigeren als den auf dem Steuerzeichen angegebenen Preisen zu verkaufen – **Freier Warenverkehr** – Art 34 AEUV – **Verkaufsmodalitäten** – **Art 101 AEUV** in Verbindung mit **Art 4 Abs 3 EUV**

21.09.2016, Rs C-261/15, Demey

Eisenbahnverkehr – Verordnung (EG) Nr 1371/2007 – Rechte und Pflichten der Fahrgäste – **Fehlen** des **Beförderungs-ausweises** – Keine Zahlung innerhalb der Fristen – Straftat

21.09.2016, Rs C-478/15, Radgen

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit – Gleichbehandlung – Einkommensteuer – **Steuerbefreiung für Einnahmen** aus einer **nebenberuflichen Lehrtätigkeit im Dienst einer juristischen Person des öffentlichen Rechts** mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 2. Mai 1992 Anwendung findet – **Regelung eines Mitgliedstaats, die diese Befreiung für Einnahmen aus einer solchen Tätigkeit** im Dienst einer juristischen Person des öffentlichen Rechts mit Sitz in der Schweiz **ausschließt**

22.09.2016, Rs C-525/14, Kommission / Tschechische Republik

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Freier Warenverkehr – Art 34 AEUV – Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen – Maßnahmen gleicher Wirkung – In einem Drittstaat gemäß den niederländischen Rechtsvorschriften punzierte Edelmetalle – Einfuhr in die Tschechische Republik nach Überführung in den freien Verkehr – Verweigerung der Anerkennung der Punze – Verbraucherschutz – Verhältnismäßigkeit – Zulässigkeit

22.09.2016, verb Rs C-14/15 und C-116/15, Parlament / Rat

Nichtigkeitsklage – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Automatisierter Informationsaustausch** – **Fahrzeugregisterdaten** – Daktyloskopische Daten – Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geltender Rechtsrahmen – Übergangsbestimmungen – Abgeleitete Rechtsgrundlage – Unterscheidung zwischen **Gesetzgebungsakten und Durchführungsmaßnahmen** – Anhörung des Europäischen Parlaments – Initiative eines Mitgliedstaats oder der Europäischen Kommission – Abstimmungsregeln

22.09.2016, Rs C-91/15, Kawasaki Motors Europe

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gültigkeitsprüfung – Verordnung (EG) Nr 1051/2009 – Gemeinsamer Zolltarif – **Zolltarifliche Einreihung** – Kombinierte Nomenklatur – Position 8701 – Zugmaschinen – Unterpositionen 8701 90 11 bis 8701 90 39 – Ackerschlepper und Forstschlepper (ausgenommen Einachsschlepper), auf Rädern, neu – **Leichte vierrädrige Geländefahrzeuge**, die zur **Verwendung als Zugmaschinen** bestimmt sind

22.09.2016, Rs C-110/15, Microsoft Mobile Sales International ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Geistiges Eigentum – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – **Ausschließliches Vervielfältigungsrecht** – Ausnahmen und Beschränkungen – Art 5 Abs 2 Buchst b – **Ausnahme für Privatkopien** – Gerechter Ausgleich – Abschluss privatrechtlicher Vereinbarungen zur Festlegung der Kriterien für die Befreiung von der Entrichtung des gerechten Ausgleichs – **Beschränkung des Erstattungsanspruchs auf Endnutzer**

22.09.2016, Rs C-113/15, Breitsamer und Ulrich

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2000/13/EG – **Etikettierung und Aufmachung von Lebensmitteln** – Art 1 Abs 3 Buchst b – **Begriff ,vorverpacktes Lebensmittel¹** – Art 2 – Unterrichtung und Schutz der Verbraucher – Art 3 Abs 1 Nr 8 – Ursprungs- oder Herkunftsort eines Lebensmittels – Art 13 Abs 1 – Etikettierung von vorverpackten Lebensmitteln – Art 13 Abs 4 – Verpackungen oder Behältnisse, deren größte Oberfläche weniger als 10 cm2 beträgt – Richtlinie 2001/110/EG – Art 2 Nr 4 – **Angabe des Ursprungslands bzw der Ursprungsländer des Honigs** – Honig-Portionspackungen, die in Sammelkartons abgepackt sind, die an Gemeinschaftseinrichtungen abgegeben werden – Portionspackungen, die einzeln verkauft oder in fertig zusammengestellten Gerichten, die pauschal bezahlt werden, an den Endverbraucher abgegeben werden – Angabe des Ursprungslands bzw. der Ursprungsländer dieses Honigs

22.09.2016, Rs C-223/15, combit Software

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Unionsmarke** – Einheitlichkeit – **Feststellung** einer **Verwechslungsgefahr** nur für einen **Teil der Union** – Territoriale Reichweite des in Art 102 dieser Verordnung geregelten Verbots

B. SCHLUSSANTRÄGE

21.09.2016, Rs C-342/15, Piringer (GA Szpunar)

Richtlinie 77/249/EWG – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der die Echtheit der Unterschrift auf einem Grundbuchsgesuch notariell beglaubigt werden muss – Art 56 AEUV – Rechtfertigung – **Ordnungsgemäßes Funktionieren des Grundbuchsystems**

22.09.2016, Rs C-599/14 P, Rat / LTTE (GA Sharpston)

Rechtsmittel – **Restriktive Maßnahmen zur Terrorismusprävention** – Verbleib von Personen, Vereinigungen und Körperschaften auf der Liste nach Art 2 Abs 3 der Verordnung Nr 2580/2001 – Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP – Art 1 Abs 4 und 6 – Verfahren – **Bedeutung des Begriffs, zuständige Behörde'** – Rolle der Beschlüsse von Behörden von Drittstaaten – **Verwendung öffentlich zugänglicher Informationen** – Verteidigungsrechte – **Begründungspflicht**

22.09.2016, Rs C-79/15 P, Rat / Hamas (GA Sharpston)

Rechtsmittel – **Restriktive Maßnahmen zur Terrorismusprävention** – Verbleib von Personen, Vereinigungen und Körperschaften auf der Liste nach Art 2 Abs 3 der Verordnung (EG) Nr 2580/2001 – Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP – Art 1 Abs 4 und 6 – Verfahren – Bedeutung des Begriffs 'zuständige Behörde' – **Wert öffentlich zugänglicher Informationen** – Verteidigungsrechte – Begründungspflicht"

C. GERICHT

22.09.2016, T-684/15 P, Weissenfels / Parlament

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – Außervertragliche Haftung – **Unparteilichkeit** des **Gerichts für den öffentlichen Dienst** – Personenbezogene Daten

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

20.09.2016, Beschwerde Nr. 12987/15, Kondrulin / Russland

Verletzung von Art 34 (Individualbeschwerderecht) und Art 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); Missachtung einer vorläufigen Maßnahme, die Russland zur Durchführung einer medizinischen Untersuchung des an Krebs leidenden inhaftierten Bf verpflichtete, der wegen unzureichender medizinischer Versorgung im Gefängnis Beschwerde erhoben hatte; Fortsetzung der Beschwerde nach dem Tod des Bf, da dieser keine lebenden Angehörigen hat, aufgrund der schwerwiegenden Vorwürfe durch Anwälte einer NGO zulässig

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren
Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Dr. Matthäus Schmied; **Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.

^{*} Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.